

Verantwortung

Autor(en): **Baur, Albert**

Objektyp: **Article**

Zeitschrift: **Wissen und Leben**

Band (Jahr): **7 (1910-1911)**

PDF erstellt am: **25.09.2024**

Persistenter Link: <https://doi.org/10.5169/seals-750425>

Nutzungsbedingungen

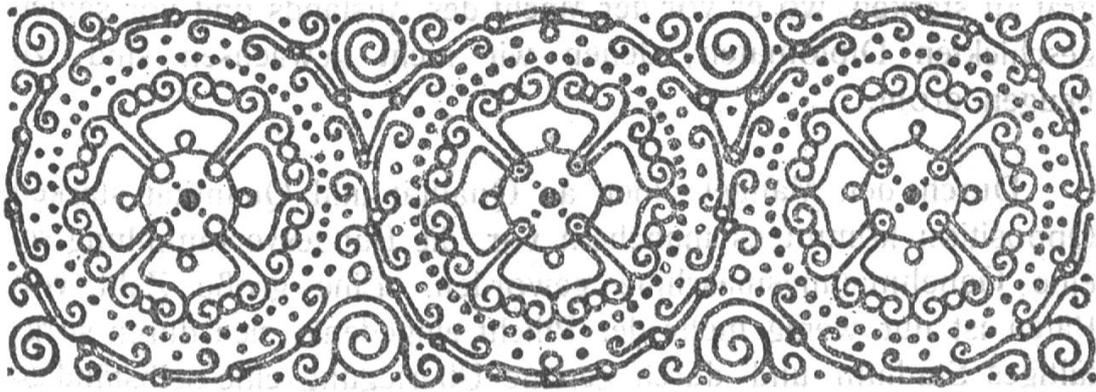
Die ETH-Bibliothek ist Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Inhalten der Zeitschriften. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern.

Die auf der Plattform e-periodica veröffentlichten Dokumente stehen für nicht-kommerzielle Zwecke in Lehre und Forschung sowie für die private Nutzung frei zur Verfügung. Einzelne Dateien oder Ausdrucke aus diesem Angebot können zusammen mit diesen Nutzungsbedingungen und den korrekten Herkunftsbezeichnungen weitergegeben werden.

Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Die systematische Speicherung von Teilen des elektronischen Angebots auf anderen Servern bedarf ebenfalls des schriftlichen Einverständnisses der Rechteinhaber.

Haftungsausschluss

Alle Angaben erfolgen ohne Gewähr für Vollständigkeit oder Richtigkeit. Es wird keine Haftung übernommen für Schäden durch die Verwendung von Informationen aus diesem Online-Angebot oder durch das Fehlen von Informationen. Dies gilt auch für Inhalte Dritter, die über dieses Angebot zugänglich sind.



VERANTWORTUNG

Warum hat man diese Volksbewegung gegen den Gotthardvertrag eröffnet? Warum hat man versucht, die Räte, die allein das Recht zur Annahme und zur Rückweisung haben, zu beeinflussen, einen Druck auf sie auszuüben, wie die „gouvernementale“ Presse sagt? War man sich nicht bewusst, dass man ausländische Diplomaten dadurch scheu machen kann? Dass diese glauben können, sie hätten es künftig als mit einer neuen Instanz mit dem ganzen Volk zu tun?

All das ist nicht der Zweck dieser Massenpetition. Sie hat als einziges Ziel, die Fühlung zwischen Volk und Räten wiederherzustellen; sie strebt an, dass die Bundesversammlung wirklich wieder die Volksvertretung sei.

* * *

Ein Misstrauen hat sich im Lauf der letzten Jahre zwischen das Volk — und damit meine ich durchaus nicht nur den Arbeiter und Bauern und den biedern Handwerksmeister, sondern am allermeisten noch die Vertreter von Wissenschaft und Kunst — und die von ihm gewählten Räte geschlichen. Nicht dass es irgend einen von den National- und Ständeräten für bestechlich hielte; nicht dass es an der Reinlichkeit der politischen und privaten Geschäftsführung eines einzelnen zweifelte.

Aber dazu hat es nach und nach das Vertrauen verloren, dass die Räte vor allem den starken Willen haben, das Land vor Irrtümern seiner Regierung zu schützen, der Regierung den Rück-

grat zu stärken, wo er vor der Macht des Auslands und vor seinen geschickten Diplomaten, denen wir nicht gewachsen sind, zu beugen droht.

* * *

Durch den Mangel einer an Qualität und Quantität starken Opposition kommt es manchem vor, die Bundesversammlung sei eine Genehmigungsmaschine geworden. Eine große Zahl von Räten ist nur wenig mehr der Pflicht eingedenk, sich durch sorgfältiges Studium und durch genaue Überlegung eine selbständige Meinung zu bilden. Darum kommt es nicht selten vor, dass man in einem Parlamentsbericht Sachen zu lesen bekommt, die niemals gesagt worden wären, hätten sich die Redner wirklich in den Stoff vertieft.

Berufsparlamentarier, wie sie in den großen Volksvertretungen der Nachbarstaaten sitzen, haben wir zwar nicht, und manchem lässt seine bürgerliche Tätigkeit wenig Muße zum Studium von Vorlagen und Botschaften. Aber merkwürdig ist es doch, dass die Allerbeschäftigtesten noch am ehesten Zeit zu finden wissen; ich denke an die Versicherungsdebatte im Nationalrat.

Die Arbeit überlässt man im allgemeinen den Kommissionen. Aber auch dort... Ist es denn noch nie vorgekommen, dass ein Kommissionsvorsitzender in seinem Bericht nur Variationen zu dem Thema gab, das die Botschaft des Bundesrates vorgespielt hatte?

Dazu kommt das Subventionswesen mit seinen Folgen. So dass das schöne Prinzip „nur nicht den Bundesrat desavouieren“ neben der physischen und moralischen Bequemlichkeit, die es seinem Träger verschafft, auch noch dem Erdenwinkel, den dieser im Parlament vertritt, schöne Vorteile bringen kann.

* * *

Summa summarum: von der Mittler- und Mittelstellung zwischen Göttern und Menschen, die einem Parlament zukommt, ist das unsrige im Lauf der Jahre abgewichen. Allzuweit ist es von den Sterblichen weggerückt; allzu nahe ist es den Göttern und ihrer Gnade gekommen. Selig thront es mit ihnen auf rosiggoldenen Wolken im herrlichen Gefühle unentwegten Einverständnisses...

* * *

Auch der Gotthardvertrag wäre fast ohne Reibung und Widerstand genehmigt worden, hätte im letzten April über ihn entschieden werden müssen. Der Bundesrat hätte wohl nicht behauptet, er sei für ihn voll flammender Begeisterung, noch hätte er gesagt, wir hätten ihn verdient als Strafe für einen Vertragsbruch. Aber er hätte ganz einfach erklärt: wir bekommen nichts besseres, und seine Räte hätten im Chor wiederholt: wir bekommen nichts besseres.

Und man hätte den Versuch, etwas besseres zu bekommen, nicht gewagt. Man hätte ruhig die Verantwortung auf sich genommen, dem Land einen Vertrag aufzuhalsen, der es mit einer einseitigen und unkündbaren Meistbegünstigung belastet hätte.

Man hätte nicht bedacht, dass diese einseitige und unkündbare Meistbegünstigung uns in jedem Zollkrieg mit Deutschland oder Italien oder gar mit beiden zum vornherein zum Geschlagenen macht. Dass uns künftig nichts bleibt, als jeden Handelsvertrag, den uns diese Länder anbieten, demütig anzunehmen. Denn jene können auch mit Eisenbahntarifen gegen uns kämpfen; wir können es nicht mehr.

Und man hätte nicht die Lehre aus dem Mehlzollkonflikt gezogen, dass die deutsche Regierung, die jenen Klassen, die Handel und Industrie betreiben, politisch gar nichts gewährt, stets bereit ist, ihnen wirtschaftlich alles zu gewähren. Und dass es sie wenig kümmert, ob dabei „freundnachbarliche“ Gefühle, wie man bei uns sagt, verletzt werden.

Man hätte nicht bedacht, dass ein Vertrag, der heute schon so verschieden ausgelegt wird, in Zukunft zum steten Streitobjekt werden kann, und dass von ihm kein „patti chiari, amicizia lunga“ gilt. Und man hätte vergessen, dass er nach zweimaliger Anwendung von Schreckmitteln, die Deutschland und Italien abgeredet und versucht haben, zustande gekommen ist.

* * *

Aber heute, da soviel geschrieben und geredet worden ist, erwartet das Volk, dass sich jeder seiner Vertreter seiner schweren Verantwortung bewusst sei. Der Verantwortung, die er dem Lande schuldig ist, nicht dem Bundesrat.

ZÜRICH

DR ALBERT BAUR